Dresden 1881.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnement vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummern 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank“. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nachtägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Spaltzeile 20 Pfge.

Hartmann & Saam
Schloss-Strasse 17,
vis-à-vis dem Königl. Schloss.
Angefangene und fertige Stickereien auf Canevas etc., leinene Decken und Deckenstoffe, sowie künstlerisch ausgeführte, stylgerechte Vorzeichnungen auf Hausleinen zu Decken, Servietten, Handtüchern etc. für Handarbeit.
Grosse Auswahl. Billigste Preise.

Carl Hübner's Holzhandlung
Blasewitzer-Strasse 11
empfiehlt ihr grosses Lager harter und weicher Brennhölzer in nur guter und trockener Qualität gespalten und ungespalten frei Behältniss bez. frei vor's Haus einer geneigten Beachtung.
Billige Preise, reelle, pünktliche Bedienung.

Residenz-Theater.
Drittletztes Gastspiel des Frl. Ernestine Wegner
Gastspiel des Frl. Lina Bendel.
1) 's letzte Fensterl'n.
2) Morgenstündchen einer Soubrette.
3) Madame Flott.
4) Mamsell Uebermuth.

Nachttelegramme. Kiel. Es herrscht anhaltender Schneesturm. Erhebliche Verkehrsstörung ist eingetreten. Der Bahnbetrieb in Ostholstein ist unterbrochen. Man befürchtet drohendes Hochwasser.

Wien. Der Generalrath der österr.-ungar. Bank fixirte die Gesammtdotation der Wiener Direction pro 1881 mit 125, der Pester Direction mit 50 Millionen Gulden, wovon höchstens ¼ im Darlehensgeschäft verwendet werden. Ungarische Papierrente und österreichische Bodencreditpfandbriefe sind zur Belehnung in sämmtlichen Bankkassen zugelassen.

Paris. Der Senat wählte Say mit 150 gegen 7 Stimmen wieder zum Präsidenten.

Nr. 21. Witterung vom 20. Januar: Barometer nach Oskar Böttcher, Waisenhausstraße 19, (Abds. 6 U.) 751 Mill., seit gestern 7 Mill. gestiegen. Thermometer n. Reaum.: 4° R., niedr. Temp. 5° R., höchste Temp. 4½° R. West-Wind. Bedeckt, Schnee. Aussichten für den 21. Januar: Zeitweise aufklärend, Frost, abnehmende Niederschläge. **Freitag, 21. Januar.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Bescheidenheit, die bekannte „Zier“, ist den Berlinern nicht abzusprechen. Da erscheint neulich (wir wissen nicht gleich, seit wieviel Monaten zum ersten Male wieder einmal) Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause. Das wird nun zu einem Ereigniß von sensationellster Bedeutung erhoben. Sofort beschäftigt sich Alles ausschließlich damit. Kein Mensch schenkt dem Berathungsgegenstand noch Beachtung. Niemand hört auf den Redner; die Zeitungsschreiber verwenden alle Aufmerksamkeit auf das äußerliche Erscheinen des Fürsten Bismarck. Die Landtagsabgeordneten erheben sich wie in einem kleinen Hoftheater die Zuschauer, wenn der Landesfürst in seine Loge tritt. In anderen großen Reichen, die konstitutionell regiert werden, erregt es Aufsehen, wenn der leitende Minister einmal nicht im Parlament erscheint. Wir Deutschen sind in unserer Bescheidenheit schon dankbar, wenn im Laufe eines Sonnenjahres Zeus einmal den Olymp verläßt, in welchem er auf unnahbaren Wolken thronte, um uns armen Sterblichen flüchtig seinen Anblick zu gönnen. Freilich wird es überall interessiren, daß nach jahrelangem Aufenthalt in stärkender Land- und Waldluft Fürst Bismarck ein blühendes Aussehen gewonnen, seine Korpulenz sich vermindert, Gang und Haltung die frühere Elastizität und Sicherheit wiedergefunden haben, daß das Gesicht keine nervöse Abspannung und Aufregung, vielmehr den Ausdruck bewußter Energie, klarer Entschlossenheit und etwas Ironie verräth. Aber etwas Anderes ist es doch, wenn die Volksvertretung eines ganzen Königreichs beim Erscheinen des Ministerpräsidenten so ganz außerm Häuschen geräth, daß sie zu vergessen scheint, wozu sie die Bevölkerung in den Landtagssaal eigentlich gesandt hat. Diese allzugroße Bescheidenheit, um sie nicht Demuth zu nennen, ist von Uebel und das tritt am meisten dann zu Tage, wenn es sich darum handelt, auch einmal einen eigenen Willen zu bekunden. Gerade weil unser Blatt für den Schutz der nationalen Arbeit schon zu einer Zeit eintrat, wo noch die Vertreter des Freihandels die wichtigsten Aemter unter Fürst Bismarck innehatten, gerade weil wir darum auch jetzt einen guten Theil des Bismarckischen volkswirthschaftlichen Programms unterstützen, liegt uns recht sehr daran, daß die preußische Volksvertretung auch in ihrem äußerlichen Auftreten nicht der Manneswürde entbehre.

Der preußische Finanzminister Bitter hat sich beeilt, die Erklärung abzugeben, daß zwischen dem geplanten Steuernachlaß von 14 Millionen und den künftigen Reichssteuern schlechterdings kein Zusammenhang bestehe. Dieser Steuererlaß, der einmalige anno 1881, wie der künftige und dauernde, solle vielmehr aus dem Ertrage der bereits bewilligten Reichssteuern bestritten werden. Das klingt recht freundlich und wäre, wenn es voll zuträfe, wohl geeignet, die gestern an dieser Stelle geäußerten Bedenken: daß durch den jetzigen Steuererlaß nur der Appetit zur Bewilligung neuer Reichssteuern gereizt werden solle, einigermaßen zu entkräften. Aber Wer traut einem Apotheker? Wir sehen ja jetzt ganz wunderliche Steuerrezepte verschrieben. Mit der linken Hand zu verschenken, was man sich erst mit der rechten Hand borgen muß, gehört doch zu den seltsamsten Mitteln der lateinischen Küche. Erfreulich ist aber auf alle Fälle die Mittheilung des preußischen Finanzministers, daß die Erträgnisse aus Reichssteuern und Zöllen sich seit October v. J. beträchtlich gehoben haben. Hält diese Besserung an, so entfällt ein weiterer Vorwand für das Ersinnen neuer Steuern: die alten geben dann so viel, daß man keine neuen braucht.

Das österreichische Parlament beräth zur Stunde ein dem deutschen ähnliches Wuchergesetz. Auch dort will man nun endlich die Benützung der Nothlage, der Verstandesschwäche, der Unerfahrenheit oder der Gemüthsaufregung zur Erlangung von außergewöhnlichen Zinsen strafrechtlich verfolgen. Die Frage der Zins- und Wuchergesetze ist die älteste von allen volkswirthschaftlichen und war zu allen Zeiten und bei allen Völkern Gegenstand der reiflichsten Erwägungen. In Oesterreich ist die Wucherfrage fast noch dringender als bei uns. Vor zwei Jahren schrieb „Der Israelit“ die frohlockenden Worte:

„In zwei Dezennien wird der Grundbesitz Galiziens sich zum größten Theile in den Händen der Juden befinden. Auch hier sehen wir das Walten der Vorsehung für unser so viel duldendes jüdisches Volk.“

Oesterreich beeilte sich, für Galizien ein Wuchergesetz zu erlassen; aber da ähnliche Verhältnisse in allen anderen Ländern zu Tage treten, muß man das Gesetz verallgemeinern. Der wackere Bürgermeister Schöffel von Mödling führte aus, daß in Folge der schamlosesten Wechsel- und Wucherfreiheit der Bauer um Haus und Hof gekommen und Proletarier geworden sei, den der Advokat und Steuer-Exekutor auf die Straße geworfen habe; geschähe nicht bald Etwas, so habe Oesterreich in Kurzem keinen selbstständigen Bauernstand mehr, sondern nur noch Pächter wie in Irland. Kein Gewerbestand existire mehr, der frühere wohlhabende Gewerbsmann sei herabgesunken zum geknechteten Stückarbeiter; der ehrliche Verdienst sei Nebensache, der betrügerische Bankerott die Hauptsache geworden. Ein anderer Redner, Pater Greuter aus Tirol, traf den Nagel auf den Kopf, als er meinte: Der bisherige Gesetzgebungszustand schädige das monarchische Gefühl im Volke, welches gewohnt ist, im Landesfürsten den Schutzherrn seines Rechtes zu suchen. Wenn das, was die Bevölkerung als ungerecht erkenne, von Gerichtswegen als gesetzmäßig erklärt werde, so verwunde man den Rechtssinn des Volkes aufs Tiefste. Mit dem Erlasse eines Wuchergesetzes wird — das möge man sich in Oesterreich nur gesagt sein lassen — aber nur erst der Boden frei für eine gesunde volkswirthschaftliche Gesetzgebung. Auch wir im deutschen Reiche laboriren an dem gleichen Uebelstande. Auch wir müssen uns vor dem internationalen Piratenthume durch Reformen im Gewerbe- und Kreditwesen schützen, müssen den Gewerbestand auf eine solidere Basis stellen, dem Bauernstand die Unveräußerlichkeit des zur Existenz einer Bauernfamilie nöthigen Ausmaßes von Grund und Boden gewähren, die Allgewalt des Handelskapitals zügeln u. s. w. Liegt darin eine Reaktion, so sei sie gesegnet, denn sie ist nur eine Reaktion, auf deutsch: eine Rückwirkung gegen Hunger, Kummer, Noth, Verzweiflung und Elend. Wer gegenüber den Zuständen im gewerblichen Leben immer noch von Freiheit spricht, gleicht dem Auerhahn im Balzen. Dann hört und sieht dieses sonst so scheue jagdbare Wild nicht, was um es herum vorgeht.

Das vielbesprochene europäische Schiedsgericht zur Regelung der griechisch-türkischen Streitfrage ist nun allseitig aufgegeben. Die Pforte lehnte es definitiv ab, nachdem es bereits von Griechenland verworfen war. Der Feldzug, den zu Gunsten eines solchen Schiedsgerichtes der französische Minister des Aeußeren, v. Barthélémy, unternommen hatte, endigte also mit einem vollständigen Fiasko. Die Gambettistische Opposition in der Pariser Kammer wird ihm diesen Mißerfolg schon gehörig eintränken, doch begegnet das Ministerium allen Angriffen mit der Stellung der Vertrauensfrage. Umgekehrt werden die Rothen in der Kammer Alles aufbieten, Gambetta zu zwingen, über seine Beeinflussung der Leitung der auswärtigen Politik zu Gunsten Griechenlandes Rede zu stehen. — Auch der Mißerfolg, den Barthélémy in der tunesischen Frage erlitt, indem der Bey von Tunis sich nach der italienischen Hilfe umsieht, um sich der drückenden Vormundschaft der Franzosen zu entziehen, wird die Stellung dieses Ministers nicht kräftigen. Die italienischen Blätter aller Farben führen eine gegen Frankreich geradezu feindselige Sprache.

Eine recht unterhaltende Polemik hat sich zwischen englischen und amerikanischen Blättern entsponnen. Der Londoner „Spectator“ klagte jüngst über die unwürdige Selbstsucht der Amerikaner, welche sich damit begnügten, Reichthümer zu sammeln, statt ihre ungeheuere Macht zu Gunsten der Unterdrückten auf dem ganzen Erdball zu verwenden. Die „New-Yorker Trib.“ beantwortete diese charakteristische Klage mit folgender nicht minder charakteristischen Entgegnung: „Gesetzt, wir übernehmen den Polizeidienst für die ganze Welt, was würde unsere erste Handlung sein? Einfach, England ins Loch zu stecken, als den Allerweltskrakehler und Friedensstörer. Wir würden ihm zurufen: Hände weg von Kandahar! Hände weg von Transvaal! Und wenn wir uns an die Jahrhunderte von Mißregierung, Grausamkeit und Unterdrückung erinnerten in Irland, so würden wir eine amerikanische Flotte in den St. Georgskanal einlaufen lassen mit dem Befehl: Hände weg von Irland! Würde England dann nicht bitterlich bereuen, daß wir aufgehört haben, uns blos um unsere eigenen Angelegenheiten zu kümmern? Es ist der größte Unterdrücker untergebender Racen und würden wir hauptsächlich mit ihm abzurechnen haben.“

Die „Pall-Mall-Gazette“ meint, daß trotz aller Uebertreibung die Antwort des New-Yorker Blattes eine Seite der auswärtigen englischen Politik bloßstelle, welche die Engländer nur zu gern ignorirten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ v. 20. Jan.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Bezüglich des Lehrer-Wittwen- und Waisen-Pensionsgesetzes ist die Kommission über die Regierungsvorlage hinaus gegangen. Während die letztere den Minimalpensionssatz von 200 auf 250 Mk. erhöht, hat die Kommission die 300 Mk. vollgemacht. Durch diese Beschlüsse wird gegenüber der Regierungsvorlage die Staatskasse um 254,000 Mk. jährlich mehr belastet. Kultusminister v. Puttkamer befürwortete diese Beschlüsse, indem er der Kommission im Namen der Unterrichts-Verwaltung dankte. Ein von fortschrittlicher Seite gestellter Antrag, den Lehrern nun auch die Gehaltsbesserungsgelder zu erlassen, wurde gegen die Stimmen des Fortschritts und der Secessionisten abgelehnt, nachdem demselben auch seitens der Regierung entschieden widersprochen worden war. Das Gesetz fand schließlich nach den Commissionsvorschlägen Annahme. Sodann passirte das Zuständigkeitsgesetz die dritte Lesung. Das Bestätigungsrecht führte wieder eine lange Diskussion herbei. v. Huene wiederholte seinen Antrag, die Nichtbestätigung der Bürgermeister und deren Stellvertreter von der Zustimmung der Bezirksräthe geltend zu machen, die letzte Instanz aber in die Hände des Ministers zu legen. Windthorst erklärte, daß die hannöverschen liberalen Abgeordneten, seitdem sie über die Elbe gegangen, ihre Ansichten bezüglich des Bestätigungsrechtes wesentlich geändert hätten. Wenn sie sagten, man dürfe in die Bezirksräthe keine politischen Fragen bringen, so könne er diese Perfidie nicht begreifen. Die Abgeordneten seien tagtäglich der Kontrole der öffentlichen Diskussion ausgesetzt, an der sogar die Regierung in ihrem sauberen Journal „Provinzial-Correspondenz“ theilnehme. Die Regierung sei eine Parteiregierung und stehe keineswegs über den Parteien. Abg. Gumbrecht gab mehrfache Schilderungen von dem Gebrauche des Bestätigungsrechts im früheren Hannover. Er habe die Bestätigung nur erlangt, weil ein hoher Militär sein Haus habe miethen wollen. Windthorst habe früher auf absolutistischem Standpunkte gestanden. Abg. Röckerath: Neuerdings seien mehrere rheinische Kommunalbeamte blos deshalb nicht bestätigt worden, weil sie Katholiken waren. Minister Graf Eulenburg bestritt dies entschieden. Der Antrag v. Huene wurde abgelehnt, dagegen, trotz des Widerspruches der Regierung, die Bestimmung angenommen, wonach das Bestätigungsrecht auf die Bürgermeister resp. deren Stellvertreter beschränkt wird.

Berlin. Die heutige Tagesordnung des Bundesraths ist vielfach von Interesse. Zunächst lag der Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vor. Der Entwurf wird den einzelnen Regierungen zur Aeußerung zugehen. So gelangt er auch an die preußische Staatsregierung, die vor Abgabe ihres Votums den Volkswirthschaftsrath hören wird. Weiter standen auf der Tagesordnung der Antrag auf Einführung zweijähriger Legislaturperioden, die Gesetze über Reichsstempelabgaben, Brausteuer etc.

Berlin. Der Botschafter Hatzfeldt kehrt in etwa zehn Tagen nach Konstantinopel auf seinen Posten zurück, besucht aber vorher seine erkrankte Mutter in Wiesbaden.

Kopenhagen. In Folge Kälte stockt die Schifffahrt vollständig. Der Bahnverkehr zwischen Seeland und Jütland ist in Folge Schneefalls unregelmäßig.

Berliner Börse. Heute überwog die Verkaufslust und so hatte die Börse ein gedrückteres Aussehen als bisher. Auch die Einführung der Actien des Wiener Bankvereins, in denen sich ein ziemlich lebhaftes Ultimogeschäft entwickelte, sowie nicht ungünstige auswärtige Notirungen machten das Gesammtbild nicht freundlicher. Erst der Schluß zeigte sich etwas fester. Eisenbahnen erfuhren großentheils Rückgänge. Oesterr. Prioritäten vernachlässigt. Deutsche Fonds fest, fremde schwach. Banken ohne Geschäft, meist unverändert. Bergwerke wenig beachtet. Sächs. Industrien erfuhren mehrfach gute Aufbesserungen.

Lokales und Sächsisches.

— Der vorgestrige zweite Hof- (Kammer-) Ball bei Ihren Königl. Majestäten war von 290 Personen besucht. Außer JJ. KK. HH. Prinz und Prinzessin Georg und Prinzessin Mathilde waren auch Prinz Alexander zu Sachsen-Weimar und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin zugegen. Das Musikchor des 2. Grenadierregiments führte die Ballmusik aus.

— Bezüglich der Erkrankung des Prinzen Albert ist erfreulicherweise zu melden, daß die Gürtelrose abgeheilt, leider aber noch immer Schwäche und Angegriffenheit vorhanden sind.

— Vorgestern Abend wurden vom Rath und den Stadtverordneten in gemeinsamer Sitzung verschiedene Kommissionswahlen vorgenommen und darauf die übliche öffentliche Sitzung der Stadtverordneten abgehalten, aus der nur Weniges zu erwähnen ist. Es wird von verschiedenen Seiten eine Pflasterung des auf der Nordseite der Bautznerstraße zwischen der Alaun- und der Markgrafenstraße gelegenen Arealstreifens gewünscht und der Rath ist nicht abgeneigt; die Stadtverordneten bewilligen aber die Pflasterungskosten nicht. Um doch etwas auf die Wünsche — die sehr vielseitige nicht zu sein scheinen — einzugehen, wird der Rath ersucht, ein anderweites Projekt zur Besserung dieses Straßentraktes vorzulegen. Dagegen werden 10,000 Mk. bewilligt, um die Abpflasterung der verlängerten Pollergasse von der Ammonstraße ab bis zur Staatsbahn zu bewirken. Der städtische Steinbruch in Dölzschen wird in diesem Jahre beinahe 16 Mk. weniger Gewinn als im Vorjahre, nämlich nur 1522 Mk. ergeben; das kleine Erträgniß wird mit zur successiven Amortisation des Anlagekapitals verwandt. — Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

— Für den 4. September d. J., dem 50jährigen Gedenktage der Verleihung einer Verfassung, sind verschiedene Festlichkeiten geplant. Die Landtagsabgeordneten beabsichtigen, an jenem Tage unter sich eine Sammlung zur Errichtung eines Denkmals für den König Johann zu veranstalten und zugleich einen allgemeinen Aufruf zu erlassen.

— Der Eisenbahnausschuß des österreichischen Reichsraths in Wien hat mehrere für die Eisenbahnanschlüsse zwischen Böhmen und Sachsen wichtige Beschlüsse gefaßt: So hat er die Petition des Schluckenauer Bezirksausschusses wegen Abschlusses eines Staatsvertrages mit Sachsen behufs Anschlusses der böhmischen Nordbahn an die sächsische Staatsbahn bei Sohland, ferner die Petition des Bezirksausschusses Hainspach um Ausführung der Sekundärbahn von Schluckenau nach Sebnitz, welche 15 Kilometer lang sein soll, der Regierung zur eingehenden Würdigung überwiesen, ebenso die Petition der Gabler Bezirksvertretung um Verbindung der böhmischen Nordbahn mit der Reichenberg-Zittauer Bahn über Gabel, endlich wurde die Petition der Privaten Neumann um Ausbau der Buschtiehrader Bahn von Graslitz nach Klingenthal der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten, da diese Linie sowohl im Interesse des Staates wie des Erzgebirges gelegen ist.

— Der vielgenannte Astronom und Reisende Falb aus Wien hielt vorgestern im Börsensaale einen zahlreich besuchten Vortrag über das Erdbeben in Agram. Herr Falb hat mehrere Reisen in die vom Erdbeben heimgesuchten Gegenden von Europa und Südamerika unternommen; auf Grund eines außerordentlich reichen Materials des Professor Perrey in Dijon hat er die Theorie aufgestellt, daß Erdbeben dann vorzugsweise eintreten, wenn Sonne oder Mond in ungewöhnlicher Erdnähe stehen; namentlich die Mondnähe übe auf das feurig flüssige Erdinnere eine ähnliche Anziehungskraft aus, wie auf das Meer, so daß dann dieses Erdinnere die Tendenz habe, eine Fluthwelle zu bilden, welche sich in Eruptionen und Erdbeben den Erdbewohnern kundgebe. Die Männer der Wissenschaft halten freilich von dieser sogenannten Falb'schen Erdbebentheorie nicht viel; uns Laien trug sie Herr Falb außerordentlich glaubhaft vor. Er spricht fließend, elegant und sehr volksthümlich. Seine Prophezeiungen von Erdbeben sind wiederholt eingetroffen. Auf der nördlichen Erdkugel finden die meisten Erdbeben zur Zeit des erneuten Mondes, bei der größten Mondnähe und in den Wintermonaten statt; Dr. Kluge, Oberlehrer in Chemnitz, behauptete, auf der südlichen Halbkugel der Erde müßten die meisten Erdbeben auch in den dortigen Wintermonaten eintreten und Falb fand dies in Südamerika bestätigt. Ein regelmäßiges Anschlagen des flüssigen Inneren an die Erdkruste setzt Falb nicht voraus; der Erdstoßen ist der erste der stärkste, ihm folgen zahlreiche andere, oft wochenlang. Nach oder kurz vor Erdbeben zeigt die Atmosphäre Neigungen zu Niederschlägen. Erdbeben ereignen sich meist in Gegenden, die von starken Gebirgen durchzogen sind, namentlich wo sich Vulkane, noch thätige oder auch erloschene, befinden; nicht aber in ausgedehnten Steppengegenden. Den Sitz des Centrums des Erdbebens in Agram taxirte Falb auf 2 geogr. Meilen unterhalb der Erdoberfläche; der Sitz anderer reicht bis 4 geogr. Meilen tief hinab. Die furchtbarste Begleiterscheinung des Erdbebens ist das Austreten des Meeres. Erdbeben sind Naturprozesse, ähnlich denen, wie wir sie auf der Sonne beobachten. Die rothen Zungen, die von dem feurigen Sonnenballe fast ununterbrochen bis zur Höhe von 20,000 geogr. Meilen emporschießen, bestehen aus ausgestoßenen metallischen Dämpfen und Gasmassen; es sind vulkanische Ausbrüche. Die Sonne kühlt ab, wie es bereits die Erde ist; beim Zusammenziehen der Sonnenmasse werden jene Dämpfe ausgestoßen. Was auf der Sonne noch im Gange, ist auf dem Monde längst vollendet. Auf der uns zugekehrten Seite des Mondes zählt man mehr als 5000 ausgebrannte Krater. Die Erde steht bezüglich ihrer Abkühlung und der Eruptionen ihres feurig-flüssigen Kerns in der Mitte zwischen beiden Himmelskörpern. Aus alledem zieht Falb den Satz: Erdbeben sind unterirdische Vulkan-Ausbrüche, hervorgerufen durch die Abkühlung des feurig-flüssigen Erdinnern, befördert durch die Anziehung von Sonne und Mond. Auch ohne diese Anziehung würde es Erdbeben geben, aber sie würden sich gleichmäßig aufs ganze Jahr vertheilen. — Das Auditorium nahm den Vortrag mit großem Beifall auf. Scharfen Tadel verdienen die höchst unbequemen Stühle und das geringe Garderoben-Personal des Börsensaals. Der Pachter desselben sollte hier besser für den Komfort des Publikums sorgen.

— Wir hören, daß dem Reichstage vom Unterstaatssekretär Stephan eine Bewilligungs-Vorlage von 900,000 Mk. zugehen wird zur Anschaffung von Einspännern für die Landbriefträger, welche künftig ihren beschwerlichen Dienst mit Pferd und Wagen ausführen sollen.

— Die kgl. Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hat das vielfach beklagte, seit 1872 bestandene Verbot des Lastfuhrverkehrs auf dem sogenannten Schanzenwege zwischen Hosterwitz und der Laubegaster Fähre jetzt aufgehoben.